

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Aimmelshain, Deucha, Vorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staadtitz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 1,50, jährlich Mk. 18,00. Im Falle höherer Preise, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 1/2, auswärts 3/4 Mk. 1spaltige Zeile Mk. 1/2, auswärts 3/4 Mk. Reklamzeile Mk. 1, auswärts 1,50 Mk. Die Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Bemittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertrieb: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 143

Freitag, den 2. Dezember 1921

32. Jahrgang

Amthliches.

Die Geschäftsräume des Stadtrates, des Standesamtes und der Sparkasse bleiben wegen Reinigung Montag, den 5. und Dienstag, den 6. Dezember 1921 geschlossen. Dringliche Sachen und Standesamtsfälle werden an beiden Tagen zwischen 10 und 11 Uhr vormittags im Rathaus erledigt.
Naunhof, am 30. November 1921. Der Bürgermeister.

Städtische Sparkasse Naunhof.

Wegen des Rechnungsabchlusses bleibt die hiesige Sparkasse für Einlagen und ungetändigte Rückzahlungen vom 19. bis 31. Dezember 1921 geschlossen. Einlagen auf neue Sparkassenbücher können auch während dieser Zeit bewirkt werden. Hypothekenzinsen werden an jedem Werktag angenommen. Spareinlagen werden mit 3%, 1/2, verzinst. Tägliche Verzinsung.
Naunhof, am 29. November 1921.
Die Sparkassenverwaltung.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof

Kredit-Gewährung.
Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Schecks. Scheck- und Giro-Verkehr.
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Hauptstraße 44. Geschäftsjahr: 1. — 1. März. Postfachkonto: Leipzig Nr. 10783.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Eine englische Note regt die Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein an.
- Der Dollar sank an der Berliner Mittwochbörse wesentlich und ging bis auf 239 Mark zurück.
- Das englische Kabinett hat auf Grund der Vorschläge, die Rathenau überbracht hat, über die Moratoriumsfrage beraten. Die führende englische Geschäftsstelle tritt für den Zahlungsausschub ein.
- Churchill machte den Vorschlag eines Abkommens zwischen England, Frankreich und Deutschland über die internationalen Wirtschaftsverträge.
- Lloyd George wird in den nächsten Tagen eine Unterredung mit dem russischen Vertreter Krassin haben.
- Die internationalen Truppen für den Oberrheinern Abkommensgebiet in Westungarn soll zu gleichen Teilen aus Italienern, Franzosen und Engländern bestehen, die aus Oberösterreich herausgezogen werden sollen.
- Nach unbestätigten Meldungen beabsichtigt Lenin, für Russland die Wahl einer konstituierenden Versammlung stattfinden zu lassen.

Die Hand an der Gurgel.

Aber den beendeten Elektrizitätsstreik in Berlin wird uns geschrieben:
Diesmal waren es nicht die Eisenbahnen, denen Angestellte oder Arbeiter die Hand an die Gurgel legten, es war nur Groß-Berlin, sein Verkehr, sein Starkstromnetz, seine öffentlichen Gebäude, die Reichsämtler, die Bahnhöfe, die Krankenhäuser, denen plötzlich, als die Mittagsuhr zwei geschlagen hatte, die Kraft, und als die Abenddämmerung hereinbrach, das Licht versagte. Die lautmännlichen und mit ihnen die technischen Angestellten in den großstädtischen Werken hatten auf Befehl ihrer Organisationsleitung mit einem Schlage die Arbeit eingestellt, und wieder einmal mußte die Gewalt entscheiden, nachdem wochen-, ja monatelange Verhandlungen zu keinem beider Teile befriedigenden Ergebnis zu führen vermochten.
Eine Katastrophe, wie sie jeden Tag jede andere große, mittlere und wohl auch kleinere Stadt des Reichs treffen kann, da mehr oder weniger überall schon die Erzeugung von Elektrizität, der Straßenbahnverkehr und was damit zusammenhängt, kommunalisiert sind. Man hatte gehofft, mit der Umwandlung dieser privaten Unternehmungen in öffentliche Anstalten auch zu einem besseren Verhältnis zwischen Werkleitungen und Werlangerechten zu gelangen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß eher das Gegenteil eingetreten ist. Wir sind wenigstens in Berlin schon so weit, daß die Angestellten und die Arbeiter, die ihre Arbeitskraft diesen, dem öffentlichen Wohl bestimmten Unternehmungen gewidmet haben, Forderungen, wenn sie auf dem Verhandlungswege nicht vollumfänglich durchzusetzen sind, im Befehle verwandeln, und diesen Befehlen durch einfache Arbeitseinstellung den äußersten Nachdruck verleihen. Die städtische Verwaltung, die ihnen gegenübersteht, verschänzt sich hinter ihren Deputierten, ihre Kommissionen, hinter Schlichtungsausschüsse und Schiedsgerichte und kann schließlich wirklich noch nicht mehr tun, als die so zukunftsfernen Entscheidungen als verbindlich anzuerkennen.

kennen: Entscheidungen, bei denen im übrigen, wie wiederholte Erfahrungen der letzten Zeit auf das deutlichste gezeigt haben, die Leistungsfähigkeit der städtischen Finanzen durchaus nicht etwa über Gebühr berücksichtigt wird. Im Gegenteil, es sind der Stadt Berlin auf diesem Wege immer wieder Leistungen zur Pflicht gemacht worden, für die im Augenblick jede Deckung gefehlt hat — und wie die Stadt es fertig bringen soll, die ihr jetzt abermals durch den zwölfstündigen Streik abgeprehten Mehrleistungen aufzubringen, darüber scheinen sich weder die Angestellten noch die Herren im Arbeitsministerium, die ihnen wieder einmal alles, was sie verlangt hatten, bewilligten, nicht die geringsten Kopfschmerzen zu machen. Die Stadt Berlin muß beim Freistaat Preußen, muß beim Reich betteln gehen, um ihre eigentlichen Betriebe überhaupt noch aufrecht erhalten zu können. Allgemeine Grundsätze für das Beamtenverhältnis, wie sie den Gemeinden von den staatlichen Aufsichtsstellen zur Pflicht gemacht worden sind, werden in einem Einzelfall bedenkenlos durchbrochen, ungeachtet der Folgen, die ein solches Beispiel für andere Beamtengruppen und damit wiederum für den gesamten Aufbau der Gemeinden nach sich ziehen muß. Eine geordnete Geschäfts- und Wirtschaftsführung wird unter solchen Umständen überhaupt zur Unmöglichkeit. Man kann kaum noch von der Hand in den Mund leben, und niemand weiß zu sagen, was daraus werden soll.
Man muß die kurzen Stunden dieses Elektrizitätsstreiks in Berlin miterlebt haben, um sich ein Bild davon zu machen, welcher Frevler hier wieder einmal an einer großen, arbeitsamen und schließlich doch auch friedliebenden Bevölkerung verübt worden ist. Die Hauptstraßen, Unter den Linden, Leipziger, Friedrichstraße von 5 Uhr an in ein undurchdringliches Dunkel gehüllt, das einzig und allein von den Laternen der auf- und niederfahrenden Automobile grell unterbrochen wurde. Dazu ein dichter Winternebel, der die Orientierung noch unzulänglich erschwerte. Der große Lehrter Fernbahnhof — eine Halle der Finsternis. Der benachbarte Stadtbahnhof mühselig von Wachskerzen erhellt, um wenigstens den Schrankenwärtlern die Kontrolle der in Massen heranströmenden Fahrgäste zu ermöglichen. Denn auch die Straßenbahn versagte — ein köstliches Schauspiel, wie in der dritten Nachmittagsstunde auf allen Straßenzügen die Wagen plötzlich zum Stehen kamen, weil der Elektrizitätsstrom zu wirken aufhörte. In den Reichsämtlern mußte der Dienst vorzeitig eingestellt werden, und wo Sitzungen andauernd waren, die sich nicht mehr rückgängig machen ließen, mußten die Zimmer und Tische notdürftig mit Kerzenlicht erhellt werden. Die Kräfte in den Stenographenkontoren saßen ihre Arbeit, von der in vielen Fällen Leben und Sterben von Mitmenschen abhing, nicht fortsetzen, und in welchem Umfang sich das verbrecherische Gesindel der Großstadt die Gunst dieser Stunden zunutze gemacht hat, wird wohl kaum jemals an das Licht der Öffentlichkeit gelangen. Kränkerungen ist allenfalls, daß die Streikführer, nachdem ihre Forderungen in allen wesentlichen Punkten bewilligt waren, keine Sekunde verloren und sofort noch in der Nacht das angerichtete Unglück wieder rückgängig zu machen versuchten.
Aber betrübend bleibt es doch, daß einige wenige Leute es vermögten, so die Haupt an die Gurgel des Staates oder der Gemeinde zu legen, obwohl die große Menge der Vernünftigen aus allen Schichten warrend und absehend solchem Beginnen gegenübersteht.

Die Schlichtungsordnung, die in Weimar verheißt wurde, und von der seit zwei Jahren immer und immer wieder die Rede ist, wenn das wilde Streikfieber unser Wirtschaftsleben erschüttert, kommt aus den vorbereitenden Stadien nicht heraus. Der Widerstand der beteiligten Kreise konnte bisher nicht überwunden werden, und so müssen wir eine schlimme Erfahrung nach der anderen machen.
Rathenau und Lloyd George.
Englische Kabinettsberatung über den Zahlungsausschub.
Der als Vorschlag des englischen Mitgliedes der Reparationskommission aufgetauchte Plan, der deutschen Regierung für ihre Zahlungen nach dem 15. Januar einen Ausschub von 2-3 Jahren zu gewähren, nimmt rasch festere Formen an. Der Aufenthalt Dr. Rathenau's in London gibt Anlaß zu vielerlei Meldungen, nach denen auf Grund der Besprechungen des früheren Kaufmanns mit führenden englischen Politikern die Verwirklichung eines solchen Moratoriums als
so gut wie gesichert
gelten könnte. Von vornherein sei jedoch dazu bemerkt, daß alle diese Mitteilungen aus ausländischen Blättern stammen und von deutscher amtlicher Seite als „billig und kontrollierbar“ bezeichnet werden, ganz abgesehen davon, daß solche teils voreilige, teils falsche Meldungen die Pläne selbst empfindlich fören können. Man wird daher die Nachrichten zunächst mit etwas Vorbehalt aufnehmen müssen, daß Rathenau von Lloyd George selbst empfangen werden soll, daß Lloyd George selbst sofort für den Zahlungsausschub eingetreten sei, daß auf die Beratung des Moratoriums neue Pläne zur völligen Umgestaltung der europäischen Finanzlage folgen sollen und daß schließlich die Absicht besteht, Deutschland im wesentlichen auf der Basis von Sanktionen seinen Verpflichtungen nachkommen zu lassen. Als diese Dinge sind, wie gesagt, völlig in der Schwebe, und niemand weiß, was in drei Tagen davon noch übrig sein wird. Größere

Wahrscheinlichkeit spricht schon dafür, daß die Engländer die Durchführung solcher Pläne an sehr scharfe Bedingungen knüpfen. Diese sollen angeblich folgende Punkte enthalten: 1. Die deutschen Finanzen werden innerhalb zweier Jahre revidiert. 2. Scharfe Maßnahmen gegen die Papiergeld-Inflation. 3. Eine alliierte Ausschüßkommission über die deutschen Finanzen wird in Berlin errichtet. Frankreich verhält sich zu allen diesen Vorschlägen durchaus ablehnend, aber das würde wenig schaden, da Beschlüsse dieser Art im Obersten Rat seiner Einstimmigkeit bedürfen. Es heißt, daß England einen Verständigungsversuch mit Frankreich bereits eingeleitet habe. Jedenfalls wird nach Rathenau's Abreise wahrscheinlich zuerst eine Besprechung englischer und französischer Finanzsachverständiger stattfinden. Reichs Lloyd George am 2. Dezember nach Washington, so wird er den ganzen Verständigungsplan vorhin mitnehmen, um ihn auch von der amerikanischen Regierung genehmigen zu lassen.

Aufhebung der militärischen Sanktionen?

Englische Verständigungspläne.
Der „Times“ macht die aufsehenerregende Mitteilung, daß England eine Note an die Völkervertragskonferenz gerichtet hat, um die Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein anzuregen. Die Völkervertragskonferenz wird am 2. Dezember zusammentreten, um sich mit dieser englischen Note zu befassen, ebenso mit dem Vorschlag der Verminderung der militärischen Kontrollorganisationen in Deutschland.
Wenn sich diese Anregung Englands bestätigt und zum Beschluß erhoben werden sollte, so würde damit das lang ertragene Unrecht beseitigt werden, daß die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, die ohne jeden Grund immer noch von Entente-Truppen besetzt sind, endlich befreit würden. Ein solcher Schritt würde ganz in der Linie der sonstigen Verständigungsbestrebungen liegen, die augenblicklich von London ausgehen, und über die Churchill dieser Tage u. a. erklärte, daß zur Beilegung der europäischen Fragen ein dreiseitiges Abkommen

geschlossen werden müsse, nämlich ein freundschaftliches Abkommen zwischen England, Frankreich und Deutschland. Voraussetzung dafür ist selbstverständlich die Beseitigung derartiger Hemmnisse der nationalen und der wirtschaftlichen Freiheit, wie sie gerade in den sogenannten Sanktionen vorliegen, denn die Verständigung soll ja in erster Linie wirtschaftliche Zwecke haben. Sehr treffend sind die entgegenstehenden Schwierigkeiten von dem amerikanischen Finanzmann Vandervlip mit den Worten gekennzeichnet worden:
„Jedermann außer Frankreich geht zu, daß die Deutschland auferlegten Reparationen unüberführbar sind. Wenn die Reparationsbedingungen nicht wesentlich abgeändert würden, so würde Deutschland finanziell zusammenbrechen.“ Daher wird auch in England jetzt die Aufmerksamkeit auf diejenigen Dinge gelenkt, mit denen man einen Druck auf Frankreich ausüben kann. In erster Linie weist man darauf hin, daß Frankreich bei seiner Zwangsvollstreckung gegen Deutschland eigentlich nur die eigenen Interessen und nicht die der gesamten Entente vertritt und sich besonders im Wiesbadener Abkommen Vorteile gesichert hat, die den anderen Gläubigern Deutschlands nicht zugute kommen.

Teuerung, Zucker und Schleichhandel

Die bevorstehenden Maßnahmen.
Die Beratungen im Reichskabinett zur Bekämpfung der bösen Erscheinungen in Bezug auf die Volksernährung sind lebhaft. Den gesetzgebenden Körperschaften soll unverzüglich eine Vorlage unterbreitet werden, welche die Verbilligung sämtlicher Verurteilungen wegen Schleichhandels und Preisdreiherei durch die Presse vorschreibt. Bei Verurteilungen wegen schwerer Fälle (Gefängnis über drei Monate) ist außerdem Veröffentlichung durch Anschlag vorgesehen.
Ferner beschloß das Kabinett, die bestehenden Preisprüfungsstellen durch Kommissionen zu ersetzen, wie sie sich in manchen Städten bereits gebildet haben. Diesen Kommissionen sollen neben Vertretern der Verbraucher auch Vertreter der Gewerkschaften angehören. Die Preisprüfungsstellen werden alsbald Anweisungen zu einheitlichem Vorgehen gegen den Zucker erhalten.
Zur Besserung der Milchversorgung werden in dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vierhundert Millionen Mark bereitgestellt werden, und zwar für solche Gemeinden, in denen die Milchversorgung besonders mangelhaft ist, das heißt, wo der Milchbedarf nur bis zu einem bestimmten, noch festzusetzenden Bruchteil gedeckt ist. Von den 400 Millionen Mark sollen je 1/4 die in Betracht kommenden Länder und Gemeinden aufbringen. Soweit die Gemeinden hierzu nicht in der Lage sind, soll das Reich auch die von den Gemeinden nicht aufzubringenden Mittel übernehmen.
Zusatzartikel — Kaufverweigerung nachdrücklich.
Mit Rücksicht auf die lebhaften Beschwerden, die noch immer selbst bei Verbrauchern und den wichtigsten Be-

Leuten — von
Sogar Infame
wider Reyer,
Wann, Kinder
Um die Hexen
die Tortur an.
Robenburg
bald wurde
in Deutsch-
e Bullen auch
oniert. Ganze
bedrängt, und
rückender Alp

für 100 Gulden,
ungarische oder
französische
Wund Stieling
— gefucht.)

1. Stanb
rief 1.8. 14

170 321
112
112
112
112
72
4,43
2,21
80
80
80
80
80
80
80

1:0 (0:0)

Partei
1/8 Uhr
Naunhof
Dr. Götz
Auftragen.
willkommen.

ckerei
Qualitäten:

arine

e
Markt 4, 1

tr.
gen
Art.

2.50